

Frankfurter Sicherheitskonzept: Waffenverbotszonen und Videokontrolle

Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke plant Waffenverbotszonen und Videoüberwachung zur Erhöhung der Sicherheit nach Gewalttaten.

In einer Zeit, in der die Sorgen um die Sicherheit in Städten zunimmt, hat der Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), René Wilke, Maßnahmen vorgeschlagen, die darauf abzielen, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu stärken. Diese Diskussion kam in Folge einer Reihe besorgniserregender Gewalttaten auf, wie beispielsweise Messerattacken und Schlägereien, die in den letzten Wochen die Stadt erschütterten.

Wilke, der bis Juli Mitglied der Linken war und nun parteilos ist, hat sich in einem offenen Schreiben an die Polizei geäußert. Besonders bemerkenswert ist seine Betonung des „subjektiven Sicherheitsgefühls“, das in der Bevölkerung offenbar leidet. Der Appell erfolgte im Kontext von Vorfällen, bei denen unter anderem zwei Männer eine Gruppe Jugendlicher mit einem Messer und einer Machete angriffen. Der Polizeisprecher, Roland Kamenz, räumte ein, dass solche Straftaten das Sicherheitsempfinden der Bürger erheblich beeinträchtigen.

Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit

Um dem entgegenzuwirken, legte Wilke in seinem Schreiben an die Polizeiinspektion Oder-Spree mehrere Vorschläge dar. Die Maßnahmen, die er ins Spiel bringt, sind durchaus durchdacht und sollen in erster Linie die Kriminalitätsrate senken. Darunter fällt die Verbesserung der Beleuchtung öffentlicher Plätze, wie

dem Lennèpark und dem Kleistpark. Wilke erhielt von vielen Bürgern Rückmeldungen über unsichere Umgebungen an diesen Orten, besonders während der Abendstunden, was seine Vorschläge erneut unterstreicht.

Des Weiteren plant der Oberbürgermeister, den bestehenden Alkoholverbot in der Stadt auszuweiten, insbesondere im Bereich des Pablo-Neruda Blocks. Dadurch sollen mögliche Ausschreitungen und Übergriffe, die häufig im Zusammenhang mit Alkoholkonsum stehen, verringert werden. Ein weiterer zentraler Punkt in Wilkes Vorschlägen sind die sogenannten Waffenverbotszonen, die er einrichten möchte, unterstützt durch Videoüberwachung zur präventiven Kontrolle.

Durch diese Videoüberwachung erhofft sich Wilke eine schnellere Reaktion der Polizei auf potenzielle Gewalttaten, bevor diese tatsächlich stattfinden können. Ein bedeutsamer Schritt, der darauf abzielt, präventiv zu handeln, anstatt nur im Nachhinein zu reagieren. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie Wilke auch klarstellte, dass diese speziellen Waffenverbotszonen beim Innenministerium beantragt werden müssen, was möglicherweise die Umsetzung verzögern könnte.

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat jedoch die Möglichkeit, einige der vorgeschlagenen Maßnahmen unabhängig umzusetzen, wie die verbesserte Beleuchtung der Parks und die Ausweitung der Alkoholverbotszone. Dies zeigt, dass Wilke eine Kombination aus verschiedenen Ansätzen verfolgt, um die Sicherheit zu verbessern und die Lebensqualität in der Stadt zu fördern.

Neben diesen Maßnahmen ist Wilke auch daran interessiert, die Sozialarbeit an Schulen zu erweitern. Dies könnte langfristig helfen, Gewalt und Kriminalität vorzubeugen, indem Jugendliche in einem geschützten Rahmen besser unterstützt werden.

Die Situation in Frankfurt (Oder) bleibt angespannt, doch die Vorschläge von Oberbürgermeister Wilke könnten einen entscheidenden Impuls zur Verbesserung bringen. Die

Herausforderungen, die sich durch die jüngsten Gewalttaten ergeben haben, zeigen, dass in der Stadt Handlungsbedarf besteht, um das Vertrauen der Bürger in ihre Sicherheit zurückzugewinnen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de